



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

F/IV/152

den 27. Oktober 1949

Im Engpass der Zeit

P.R. Wieder einmal wird von einer bevorstehenden neuen Phase der westalliierten Deutschlandpolitik gesprochen, einer vernünftigeren, versteht sich.

(Ihre jeder dieser Ankündigungen in der Vergangenheit eine auch nur bescheidene Wirklichkeit gefolgt, dann bliebe heute nicht mehr annähernd soviel zu tun übrig, wie es leider der Fall ist. So aber, wie die Dinge liegen, betrachtet man die neuen Zeichen einer belebten Vernunft mit Zurückhaltung.

Ihr enttäuschendes Hauptmerkmal ist, dass sie nicht aus eigenem freien Entschluss stammen, was wesentlich besser wäre, sondern nur die Folge eines äusseren Zwanges sind. Zunächst der Tatsache, dass das Schicksalsjahr 1952, in dem der Marshallplan auslaufen soll, in immer gefährlichere Nöhre rückt und zum anderen der konstanten Drohung aus dem Osten, die seit der Bestätigung der fortgeschrittenen russischen Stärke erheblich zugenommen hat.

Zuletzt war es dann auch die Schaffung des Ostzonen-Staates, die die Westalliierten zu erhöhter Aktivität und zu grösseren Zugeständnissen zu veran-

lassen scheint. Der Krenl also als Schrittmacher der westalliierten Politik - das stellt der Weitblick der massgebenden Männer des Westens nicht eben

ein glänzendes Zeugnis aus.

Offenbar will man in zwei Etappen operieren; Zunächst grössere Bewegungsfreiheit und Selbstständigkeit für die deutsche Bundesrepublik - Aufnahme

Deutschlands in den Europarat und den Atlantikpakt sowie Lockerung der Bestimmungen des Besatzungstatuts als wichtigste Möglichkeiten - dann Über-

prüfung des Demontageunsians. Sie ist eine offenkundige Notwendigkeit, wenn man die Voraussetzungen für die zweite Etappe schaffen will, eine wirkungs-

volle europäische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet, die bis zu einem gemeinsamen grossen Plan gehen müsste.

Das Durcheinander in der Demontagefrage hat in den letzten Wochen einen

solchen Höhepunkt erreicht, dass es fast unmöglich ist, sich in diesem Labyrinth widersprechender Meinungen und gegenseitiger Beziehungen zurechtzufinden. Die Amerikaner scheinen jetzt aber entschlossen, hier endlich reinen Tisch zu machen, wobei offen bleibt,

wie konsequent sie dabei verfahren werden. McCloy hat kürzlich mit Schuman gesprochen, er will jetzt, ohne eingeladen zu sein, nach Eng-

land gehen, und im Anschluss daran nach Washington fliegen. Auch der britische Hohe Kommissar General Robertson führt in diesen Tagen

darüber Gespräche mit seiner Regierung. Die Dinge sind ohne Zweifel in Bewegung gekommen.

Niemand bestreitet heute mehr, dass sich der Westen in einen beklemmenden Engpass der Zeit manövriert hat. Wenn man Versäumtes

nachholen will, sind ein psychologischer und ein technischer Entschluss unerlässlich: Das Misstrauen gegen Deutschland muss abge-

baut und die schwerfällige Apparatur der westlichen Demokratie muss modernisiert, den aktuellen Bedürfnissen angepasst und von vie-

len herkömmlichen, störenden Zwischenschaltungen befreit werden. Beides gilt in erster Linie für England und Frankreich. Viele gros-

se Zeitungen in Frankreich und England verlangen freilich schon seit längerem sehr entschieden eine grundlegende Revision der

alliierten Deutschlandpolitik. Entsprechende Entschlüsse der Regierungen aber blieben bisher leider aus. Dass die Amerikaner zu

grosszügigen Entschlüssen und schnellem Handeln fähig sind, haben sie mehrfach bewiesen.

Der grösste Stein des Anstosses auf dem Wege zu einer durchgreifenden und vernünftigen Ordnung in Westeuropa ist nach ihrer Auf-

fassung der Mangel an europäischer Selbsthilfe. Walter Lippmann schrieb kürzlich: Obgleich die amerikanische Macht in Europa un-

heimlich, sogar unerfreulich gross ist, ist der amerikanische Einfluss auf eine konstruktive europäische Aktion (zur Selbsthilfe D.Red.)

gering." Die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Geduld Amerikas eines Tages erschöpft ist. Es mag für die Regierungen

in London und Paris schwer sein, sich von der Vorstellung zu lösen, dass Deutschland heute nicht mehr der Gegner und Russland nicht mehr

der Alliierte ist, obwohl es sich so verhält. Immerhin - die zweite Erkenntnis hat sich schon einigermaßen durchgesetzt, sie ist aber

wertlos ohne die erste.

Kostoff - ein zweiter Rayk?

Ein Mitarbeiter, der mit den bulgarischen Verhältnissen durch jahrelangen Aufenthalt gut vertraut ist, schreibt uns:

Es ist damit zu rechnen, dass schon in allernächster Zeit der Rayk-Prozess eine bulgarische Neuauflage erfahren wird. Objekt ist Traitscho Kostoff, der bei einer der letzten Verhaftungswellen, die über Bulgarien hinweggingen, auch dran glauben musste. Kostoff ist ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident und Generalsekretär der Kommunistischen Partei Bulgariens. Er war der engste Freund und Mitarbeiter Georgi Dimitroffs und mit ihm u. a. Hauptbefürworter einer rein kommunistischen Armee Bulgariens. Der damalige Kriegsminister Damian Weltschew, einer der Leiter der mit den Kommunisten in der Regierung zusammenarbeitenden bürgerlichen Partei, "Zveno", und ihres Offiziersbundes, ging in die Schweiz und kehrte nicht zurück.

Traitscho Kostoff wurde sein Nachfolger. Er gilt als einer der alten und bewährten überzeugten Kommunisten Bulgariens, der während des Krieges nicht wie Dimitroff und andere Kommunistenführer in Moskau war, sondern in Bulgarien blieb und von dem faschistischen Regime mit unerbittlicher Strenge verfolgt wurde. Kostoff liebt Russland, aber er ist nicht in dem Maße moskauhörig, wie es der verstorbene Dimitroff war, bei dem es seinerzeit nur eines leichten Ruffels in der "Prawda" bedurfte, um ihn zum Abrücken von der mit Tito gemeinsam angestrebten Balkanföderation zu bestimmen.

Kostoff gehört zu den Einsichtsvolleren unter den Kommunisten, er hat, wenn nicht direkt, so indirekt wiederholt die These vertreten, dass zur Verwirklichung des Kommunismus eine nationale Grundlage gegeben sein müsse und dass das Vertrauen der produzierenden Massen in die Staatsführung ebenso unerlässlich sei. Das aber ist gerade in den letzten Jahren vollkommen zerstört worden. Die Wirtschaft Bulgariens beruhte durch viele Jahrzehnte auf seinem Kleinbauerntum. Bulgarien hat für den eigenen Bedarf stets genug erzeugt, es hat sogar ausführen können. Jetzt ist es zu Importen gezwungen, nicht nur durch Missernten, sondern vielmehr durch passiven Widerstand der Kleinbauern. Sie sehen sich ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheiten beraubt, die ihr vergötterter und von

von der Reaktion ermordeter Führer Stamboliski ihnen seinerzeit erkämpft habe.

Kostoff wird aller Voraussicht nach einer der Männer sein, die das zu büßen haben werden, obwohl nicht er, sondern das Regime der Moskauhörigen die eigentliche Schuld trägt. Die Frage, ob ausreichende Gründe für seine Verurteilung vorliegen, wird auch in diesem Falle völlig belanglos sein.

Föderalismus auf Umwegen

sp. Mit grosser Besorgnis beurteilt man in sozialdemokratischen Kreisen die wachsende Tendenz einer bestimmten politischen Clique, auf Umwegen föderalistisches Terrain zurückzugewinnen, das bei der Fixierung des Grundgesetzes verloren ging.

Diese Besorgnis wird, auch weit jenseits der Grenzen der SPD geteilt. Die Mehrzahl der Mitglieder des Bundestages ist sich

darin einig, dass der Bundestag nichtverfassungsmässige, ständige Gremien der Länderregierungen, wie Ministerpräsidentenkonferenzen

und Konferenzen der Länder-Ressortminister, nicht weiter dulden kann. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich mit allem Nach-

druck darum bemühen, dass der Bundestag bei der Regierung baldmöglichst die Bildung der obersten Bundesgerichte, vor allem das

Bundesverfassungsgerichtes, durchsetzt. Nur seine schnelle Konstituierung und Arbeitsaufnahme wird, nach Auffassung führender sozial-

demokratischer Abgeordneter, den gefährlichen Versuchen der Länderregierungen und ihrer Ministerialbürokratie Schach bieten können,

durch ständige Konferenzen ausserhalb des verfassungsmässigen Rahmens des Bundesrates auf dem Verwaltungswege politische Macht von

den Bundesorganen auf die Länderministerien zu übertragen.

Nach Ansicht massgebender sozialdemokratischer Politiker hat der Bundestag übrigens auch der Bundesregierung gegenüber sehr auf

der Hut zu sein. Versuche des Kabinetts, Beschlüsse des Parlaments, die dem Bundeskanzler oder der Regierung insgesamt unangenehm sind,

auf dem Wege des Artikels 113 des Grundgesetzes zu blockieren, könnten nur durch äusserste Wachsamkeit unwirksam gemacht werden.

Artikel 113 besagt: "Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates, welche die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöhen oder neue Ausgaben in sich schliessen, oder für die Zukunft mit sich bringen, bedürfen der Zustimmung der Bundesregierung."

Die Anwendungspraxis dieses Paragraphen kann, wenn sie in geschickten Händen liegt, recht gefährlich werden und der Regierung allzu leicht Handhaben für eine ans Selbstherrliche grenzende Selbständigkeit geben, die durchaus unerwünscht ist.

Frauen im KZ Sachsenhausen

sp. Im Konzentrationslager Sachsenhausen werden zur Zeit nachweisbar über 15.000 Menschen unter den unmenschlichsten Bedingungen gefangengehalten. Die Gründe, die zur Verhaftung geführt haben, bestehen meist darin, dass diese Menschen entweder nominelle Mitglieder einer nazistischen Formation gewesen sind oder dass sie nach 1945 in der Sowjetzone politisch missliebig wurden. Daraus allein erklärt sich der hohe Prozentsatz inhaftierter Sozialdemokraten und liberaler Demokraten.

Mun liegt der Bericht einer Frau vor, die dem Lager entkommen ist. Demnach befinden sich im KZ Sachsenhausen mehr als 1.500 weibliche Häftlinge, zum Teil seit über drei Jahren. Die sowjetische Leitung des Lagers, die Oberstleutnants Kostjuchin und Rudenko, liessen Frauenbataillone aufstellen. Sechs Baracken, und zwar Nr. 11, 12, 13, 14, 35 und 36 beherbergen die weiblichen Häftlinge kompanieweise. Die Frauen müssen auf Brettern schlafen und erhalten keine Decken. In den Wintermonaten wird nur an wenigen Tagen geheizt. Zur Kommandeuse avancierte die Internierte Lydia Blum. Sie terrorisierte und qualte die ihr unterstellten Frauen auf das brutalste. Viele erhielten unschuldig durch ihre Denunziation Kerker- oder sogar Bunkerstrafen, was Dunkelhaft verschiedenen Grades in 1,50 Meter hohen schmalen Zellen, zwei Meter unter der Erde, bei ungenügender Luftzufuhr und Entzug des ohnehin kargen

Lageressens bedeutete. Die vorherige Kommandeuse, die Tschechin Maria Heinrich, überliess gegen Zigaretten und Lebensmitteln den sowjetischen Bewachungsmannschaften stundenweise von ihr besonders ausgesuchte Frauen. Wer sich weigerte, erhielt Kerzer- oder Bunkerstrafen.

An den Quälereien ist der stellvertretende Zivilkommandant, der deutsche Häftling Konrad Michalowsky, massgebend beteiligt. Ihn

übertrifft in seiner unmenschlichen Behandlungsweise nur noch der NKWD-Kommissar Leutnant Golowatikow, der die zur Kerzerstrafe verurteilten Männer mit Stahlruten auspeitschen liess.

Die weiblichen Häftlinge waren nicht nur für die Bewachungsmannschaften Freiwild; dem russischen Lagerarzt, Kapitän Iwanoff, mussten sogar weibliche Häftlinge als Versuchsobjekte für die Erprobung neuer Medikamente zur Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten zur Verfügung stehen. Bei vielen traten nach der zweiten Einspritzung Lähmungserscheinungen auf. Für die Versuche ist der deutsche Häftling Dr. med. Baader verantwortlich.

Zersetzungsarbeit in der Ostzonen-LDP

Eigenbericht, Berlin.

sp. Im Vordergrund der sedistischen und sowjetischen Bestrebungen, soweit sie sich auch auf Mitglieder der bürgerlichen Blockparteien beziehen, steht im Augenblick die LDP. Anlass zu dieser Kampagne ist offensichtlich das zunehmende Bestreben weiter Kreise in dieser Partei, sich mit dem Beschluss der Parteileitung nicht einverstanden zu erklären, die Verschiebung der Ostzonen-Wahlen auf Oktober 1950 mitzumachen.

Es sind in letzter Zeit eine ganze Reihe von neuen, im Sinne der Zusammenarbeit mit der SED linientreuen Mitgliedern in die LDP infiltriert worden, die nun den Auftrag haben, die Arbeit der führenden Parteiorgane zu überwachen. Das Mindeste, auf das sich jemand gefasst machen muss, der seine Linientreue nicht nachweisen kann, ist, dass ihm auf Wunsch der S.A. "nahgelegt" wird, zurückzutreten. Diese Arbeit wird konsequent fortgesetzt werden und es ist unter diesen Umständen heute schon klar, dass sich an den innerpolitischen Verhältnissen in der Ostzone kaum etwas Wesentliches ändern wird, Auch wenn die Wahl für die LDP bzw. die übrigen bürgerlichen Gruppen eine Mehrheit erbringen sollte.

Innerhalb der moskauhörigen Leitung der Ostzonen-LDP ist ausserdem das Bestreben bezeichnend, alle bisher bestehenden Jugendgruppen aufzulösen und ihnen den Eintritt in die kommunistische FDJ zu empfehlen.

Verantwortlich: Peter Raunau



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/153

28. Oktober 1949

Sammlung zu Untaten

sp. Die grundsätzlichen Gegner des westdeutschen Staates und der parlamentarischen Demokratie scheinen sich jetzt zu finden. Seit geraumer Zeit konnte man feststellen, dass in einem Teil des rechtsradikalen Lagers eine sehr viel schärfere Kritik an den Westmächten als an Russland geübt wurde. Otto Strasser, der in Tausenden von Flugblättern Breitseiten gegen die Bonner "Quislinge", gegen die "Gefängnisordnung" der Bundesverfassung und die westlichen Besatzungsmächte abfeuerte, schonte auffallend die sowjetische Politik und lenkte dadurch bewusst oder unbewusst die Phantasien seiner Anhänger auf eine Ostorientierung. Seine ständig wiederholten Versicherungen, die Atlantikstaaten würden Deutschland im Stich lassen oder gegen anderweitige Konzessionen verhandeln, musste die moralische Widerstandskraft seiner Freunde dem Kommunismus gegenüber schwächen und ihnen eine Verständigung nahelegen.

Die unter französischer Ägide gegründete Sammlung zur Tat zählt auch aktive Kommunisten zu ihren Anhängern. Ihrem Landesleiter für NRW, Hans Bauer, wird prokommunistische Einstellung vorgeworfen. Auf der Gründungsversammlung dieses Verbandes am 28. August in Köln kamen ein west- und ein ostdeutscher Kommunist zu Wort. Im "Informations- und Pressedienst der SzT" heisst es u.a.: "Die deutsche Jugend wird in späteren Jahren die Katastrophenpolitik der jetzigen Volksvertreter zu tragen haben. Sie wird als Kanonenfutter die unfriedliche Blockpolitik der Gegensätze zwischen West-Ost zu spüren bekommen. Nur die Jugend wird die Zinsen und Schulden bezahlen müssen, deren Nutzniesser den Marshallplan befürworten.

In den "Informationen für die SzT-Anhänger" wird Bischof Dr. Dibelius mit einer Erklärung gegen das Exkommunikierungsdekret des